



**2025/2025(INI)**

7.3.2025

# **ENTWURF EINES BERICHTS**

über die Berichte 2023 und 2024 der Kommission über die Republik Moldau  
(2025/2025(INI))

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

Berichterstatter: Sven Mikser

**INHALT**

|  | <b>Seite</b> |
|--|--------------|
| ENTWURF EINER ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS .....                                     | 3            |
| BEGRÜNDUNG.....  | 8            |
| ANLAGE: EINRICHTUNGEN ODER PERSONEN, VON DENEN DER<br>BERICHTERSTATTER BEITRÄGE ERHALTEN HAT ..... | 9            |

# ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

## zu den Berichten 2023 und 2024 der Kommission über die Republik Moldau (2025/2025(INI))

*Das Europäische Parlament,*

- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 30. Oktober 2024 mit dem Titel „Mitteilung 2024 über die Erweiterungspolitik der EU“ (COM(2024)0690) und die entsprechende Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen mit dem Titel „Republic of Moldova 2024 Report“ (Bericht über die Republik Moldau 2024) (SWD(2021)0698),
- unter Hinweis auf die Stellungnahme der Kommission vom 17. Juni 2022 zum Antrag der Republik Moldau auf Beitritt zur Europäischen Union (COM(2022)0406) und die gemeinsame Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen vom 6. Februar 2023 mit dem Titel „Association Implementation Report on the Republic of Moldova“ (Bericht über die Umsetzung des Assoziierungsabkommens mit der Republik Moldau) (SWD(2023)0041),
- unter Hinweis auf den Analysebericht der Kommission vom 1. Februar 2023 über die Angleichung der Republik Moldau an den Besitzstand der EU (SWD(2023)0032),
- unter Hinweis auf den Vorschlag vom 9. Oktober 2024 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung der Reform- und Wachstumsfazilität für die Republik Moldau (COM(2024)0469),
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 9. Oktober 2024 zum Wachstumsplan für die Republik Moldau (COM(2024)0470),
- unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Rates vom 17. Dezember 2024 zur Erweiterung,
- unter Hinweis auf die Reise des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten vom 25. bis 27. Februar 2025 in die Republik Moldau,
- gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung,
- unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (A10-0000/2025),
- A. in der Erwägung, dass der Europäische Rat der Republik Moldau, die am 3. März 2022 einen Antrag auf Beitritt zur EU gestellt hatte, am 23. Juni 2022 den Status eines Bewerberlandes zuerkannt und beschlossen hat, am 14. Dezember 2023 Beitrittsverhandlungen aufzunehmen;
- B. in der Erwägung, dass im Juni 2024 Verhandlungen über den EU-Beitritt der Republik Moldau aufgenommen wurden;

- C. in der Erwägung, dass das Assoziierungsabkommen<sup>1</sup>, dessen Bestandteil eine vertiefte und umfassende Freihandelszone ist, nach wie vor die Grundlage für die politische Assoziierung und die wirtschaftliche Integration zwischen der EU und der Republik Moldau bildet und dass zwischen beiden Seiten ein regelmäßiger politischer und wirtschaftlicher Dialog geführt wird;

*Fortschritte bei den Reformen im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt und insbesondere in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Staatsführung*

1. würdigt, dass die Republik Moldau trotz erheblicher interner und externer Herausforderungen beispielhaftes Engagement gezeigt und stetige Fortschritte bei den Reformen im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt erzielt hat, wodurch die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen im Juni 2024 ermöglicht wurde;
2. nimmt zur Kenntnis, dass die Beziehungen zwischen der EU und der Republik Moldau in eine neue Phase engerer Zusammenarbeit und schrittweiser Angleichung in allen Politikbereichen übergegangen sind; begrüßt die seit Beginn des bilateralen Screening-Verfahrens im Juli 2024 erzielten Fortschritte und den kürzlich erfolgten Abschluss des Screenings in Bezug auf Cluster 1 (Wesentliche Elemente); würdigt, dass die Regierung der Republik Moldau bestrebt ist, in den kommenden Monaten Verhandlungen über Cluster 1 (Wesentliche Elemente), Cluster 2 (Binnenmarkt) und Cluster 6 (Außenbeziehungen) aufzunehmen;
3. ist der Ansicht, dass die Republik Moldau nur dann ihre derzeitigen Fortschritte bei den Reformen im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt festigen und das ambitionierte Tempo auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft beibehalten kann, wenn sie nach der Wahl im Herbst 2025 von der Parlamentsmehrheit nachdrücklich und aufrichtig unterstützt wird;
4. stellt fest, dass sowohl das Verfassungsreferendum über die europäische Integration vom 20. Oktober 2025 als auch die Präsidentschaftswahl vom 20. Oktober bzw. 3. November 2024 bestätigt haben, dass die Mehrheit der moldauischen Bevölkerung die angestrebte EU-Mitgliedschaft des Landes und die erforderlichen pro-europäischen Reformen unterstützt; betont, dass das Referendum und die Wahl vor dem Hintergrund einer hybriden Kampagne Russlands und seiner Stellvertreter stattfanden und dass diese Kampagne verschiedene Formen der manipulativen Einflussnahme zur Destabilisierung des Landes, die rechtswidrige Finanzierung politischer Akteure, Desinformationskampagnen und Cyberangriffe umfasste;
5. stellt fest, dass die bevorstehende Parlamentswahl im Herbst 2025 von entscheidender Bedeutung für die Fortsetzung des proeuropäischen Kurses der Republik Moldau sein wird; ist besorgt über die zu erwartende Zunahme böswilliger Einflussnahme aus dem Ausland und hybrider Angriffe im Vorfeld der Wahl; fordert die EU auf, die Regierung der Republik Moldau stärker in ihren Bemühungen zu unterstützen, gegen derartige Eingriffe in den demokratischen Prozess des Landes vorzugehen, indem sie unter anderem zusätzliche Sanktionslisten einführt, das Mandat der EU-Partnerschaftsmission

---

<sup>1</sup> Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Moldau andererseits, ABl. L 260 vom 30.8.2014, S. 4, ELI: [http://data.europa.eu/eli/agree\\_international/2014/492/oj](http://data.europa.eu/eli/agree_international/2014/492/oj).

in der Republik Moldau verlängert und ihr zusätzliche Unterstützung gewährt sowie Fachwissen über die Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland bereitstellt;

6. betont, dass strategische Kommunikation wichtig ist, um falschen Narrativen über die EU und ihre Politik entgegenzuwirken und die konkreten kurz- und langfristigen Vorteile hervorzuheben, die der EU-Beitritt der Bevölkerung der Republik Moldau bieten würde;

#### *Sozioökonomische Reformen*

7. begrüßt den Wachstumsplan der Kommission für die Republik Moldau, mit dem das Ziel verfolgt wird, die sozioökonomischen und grundlegenden Reformen des Landes zu unterstützen und den Zugang zum EU-Binnenmarkt zu verbessern; begrüßt die Reform- und Wachstumsfazilität für die Republik Moldau, mit der der Wachstumsplan unterstützt wird und die mit 1,9 Mrd. EUR das größte EU-Finanzhilfepaket ist, das der Republik Moldau seit ihrer Unabhängigkeit gewährt wurde; betont, dass die EU der Republik Moldau im Rahmen der Fazilität 520 Mio. EUR an nicht rückzahlbarer Unterstützung und ein Vorfinanzierungssatz von 18 % zur Verfügung stellt und damit deutlich macht, dass sie erkennt, dass die Reformen und die Widerstandsfähigkeit der Republik Moldau unbedingt unterstützt werden müssen;
8. bekräftigt, dass die Unterstützung der moldauischen Bevölkerung für die europäische Integration gestärkt werden kann, indem ihre Lebensbedingungen spürbar verbessert, die staatlichen Stellen gestärkt und Korruption und die Einflussnahme von Oligarchen bekämpft werden; fordert die Staatsorgane der Republik Moldau auf, dafür zu sorgen, dass Organisationen der Zivilgesellschaft und Sozialpartner angemessen einbezogen werden, um das Vertrauen in die demokratischen Institutionen und Prozesse zu stärken und die Unterstützung der Öffentlichkeit für Reformen im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt zu erhöhen;
9. fordert die Republik Moldau auf, die Reformagenda umzusetzen, in der die wichtigsten sozioökonomischen und grundlegenden Reformen festgelegt sind, um das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der moldauischen Wirtschaft und ihre Konvergenz mit der EU auf der Grundlage einer verstärkten Umsetzung des Assoziierungsabkommens und des vertieften und umfassenden Freihandelsabkommens zu beschleunigen;
10. fordert nachdrücklich, dass die schrittweise Integration der Republik Moldau in die EU und in den Binnenmarkt beschleunigt wird, indem das Land an mehr EU-Programmen und -Initiativen beteiligt wird; beglückwünscht die Republik Moldau zu ihrer geografischen Einbeziehung in die Zahlungssysteme des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums, wodurch Überweisungen in Euro erleichtert und die Kosten für die moldauischen Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen gesenkt werden;
11. stellt fest, dass der jüngste Beschluss der US-Regierung, die Unterstützung für die Zivilgesellschaft, unabhängige Medien, wichtige Reformen und Infrastrukturprojekte auszusetzen, zu einem zusätzlichen dringenden Bedarf in der Republik Moldau geführt hat, den die EU auffangen muss;

#### *Energie, Umwelt und Konnektivität*

12. missbilligt aufs Schärfste, dass Russland die Energieversorgung gegen die Republik Moldau instrumentalisiert und zuletzt am 1. Januar 2025 die Gaslieferungen in die Region Transnistrien eingestellt und damit eine humanitäre Krise ausgelöst hat; begrüßt, dass die Kommission umgehend ein Hilfspaket in Höhe von 250 Mio. EUR vorgeschlagen hat; fordert die Regierung der Republik Moldau auf, die Gas- und Stromversorgungswege weiter zu diversifizieren, um die Energieversorgungssicherheit und die Krisenfestigkeit des Landes sicherzustellen;

#### *Rechtsstaatlichkeit und verantwortungsvolles Regierungshandeln*

13. betont, dass eine umfassende Justizreform weiterhin von entscheidender Bedeutung für den Erfolg der demokratischen und mit dem EU-Beitritt verbundenen Reformen der Republik Moldau ist; würdigt, dass die Republik Moldau nachhaltige Anstrengungen unternimmt, um ein unabhängiges, unparteiisches, rechenschaftspflichtiges und professionelles Justizsystem aufzubauen und das Überprüfungsverfahren bis Ende 2025 abzuschließen; fordert die EU daher auf, das Verfahren zur Überprüfung von Richtern und Staatsanwälten weiterhin aktiv zu unterstützen;
14. stellt fest, dass die Republik Moldau bei der Bekämpfung und Prävention von Korruption einige Fortschritte erzielt hat; betont, dass eine verstärkte Koordinierung zwischen allen wichtigen Einrichtungen der Korruptionsbekämpfung und der Justiz sichergestellt werden muss, um umfassende Reformen durchzuführen und dafür zu sorgen, dass sie über angemessene Ressourcen und Kapazitäten verfügen; betont, dass bei der Verfolgung von Korruptionsfällen und der anschließenden Verhängung von Urteilen Ergebnisse erzielt werden müssen, damit die Öffentlichkeit in die laufenden Reformen vertrauen kann;
15. bringt seine Bereitschaft zum Ausdruck, das Parlament der Republik Moldau weiterhin durch einvernehmlich beschlossene Maßnahmen zur Demokratieförderung zu unterstützen, die den Bedürfnissen des Organs, seiner gewählten Mitglieder und seines Personals entsprechen;

#### *Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und Fortschritte bei der Beilegung des Transnistrienkonflikts*

16. begrüßt die konsequente Zusammenarbeit der Republik Moldau in außenpolitischen Fragen und die deutlich zunehmende Angleichung des Landes an die Standpunkte und restriktiven Maßnahmen der EU im Bereich der GASP; fordert die Republik Moldau auf, ihre Angleichung auch in Bezug auf die restriktiven Maßnahmen gegen Russland weiter voranzutreiben sowie zusammenzuarbeiten, um zu verhindern, dass die Sanktionen umgangen werden, die gegen Russland und Belarus infolge des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine verhängt wurden;
17. bringt seine Unterstützung für die EU-Partnerschaftsmission in der Republik Moldau zum Ausdruck und fordert die Mitgliedstaaten auf, im Vorgriff auf eine mögliche Verschärfung hybrider Bedrohungen die erforderlichen Sachverständigen bereitzustellen; fordert die Staatsorgane der Republik Moldau auf, das Fachwissen der EU-Partnerschaftsmission in der Republik Moldau vollständig zu nutzen, um ihre Bereitschaft insbesondere angesichts der wiederholten Wahleinmischungen vor der Parlamentswahl im Herbst 2025 zu stärken; fordert die EU auf, die in der Republik

Moldau gewonnenen Erfahrungen zu nutzen, um die Wahlprozesse und demokratischen Institutionen in der EU selbst zu schützen;

18. bekräftigt sein uneingeschränktes Engagement für die territoriale Integrität der Republik Moldau und die friedliche Beilegung des Konflikts, die auf der Souveränität und territorialen Integrität des Landes innerhalb seiner international anerkannten Grenzen beruht und bei der ein Sonderstatus für die Region Transnistrien vorgesehen wird; verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, dass die bestehenden vertrauensbildenden Maßnahmen das Vertrauen zwischen Chişinău und Tiraspol stärken werden;
19. begrüßt das große Interesse der Republik Moldau, zur gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU beizutragen, und dass die Republik Moldau das erste Land ist, das eine Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft mit der EU unterzeichnet hat;

o

o o

20. beauftragt seine Präsidentin, diese Empfehlung dem Rat, der Kommission, der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Präsidentin, der Regierung und dem Parlament der Republik Moldau zu übermitteln.

## BEGRÜNDUNG

Dies ist der erste Bericht, in dem die Bewertung der Kommission zu den Vorbereitungen der Republik Moldau auf die EU-Mitgliedschaft im Rahmen der Erweiterungspakete 2023 und 2024 behandelt wird.

Die Republik Moldau hat seit der Zuerkennung des Status eines Bewerberlandes im Jahr 2022 erhebliche Fortschritte auf ihrem Weg zur europäischen Integration erzielt. In dem Bericht werden die wichtigsten Reformen im Bereich der demokratischen Institutionen und der Wirtschaft hervorgehoben. Außerdem wird auf die innen- und außenpolitischen Probleme eingegangen, mit denen die Republik Moldau zu ringen hat. Dazu gehören die Auswirkungen des brutalen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine, die Erpressung im Bereich der Energieversorgung und die beispiellose Einflussnahme bzw. die noch nie dagewesenen hybriden Operationen Russlands und seiner Stellvertreter, die darauf abzielen, die Republik Moldau, ihre Institutionen und demokratischen Prozesse zu destabilisieren.

In dem Bericht wird ebenfalls herausgestellt, dass sich die Beziehungen zwischen der Republik Moldau und der EU vertieft haben und stärker sind als je zuvor. Das Ergebnis des Verfassungsreferendums im vergangenen Jahr hat gezeigt, dass die Bevölkerung der Republik Moldau ihre Zukunft in der EU sieht. Die Beziehungen zwischen der EU und der Republik Moldau sind in eine neue strategische Phase eingetreten, in der die Zusammenarbeit in verschiedenen Politikbereichen wie wirtschaftliche und soziale Konvergenz, Energie und Sicherheit ausgebaut wird.



**ANLAGE: EINRICHTUNGEN ODER PERSONEN,  
VON DENEN DER BERICHTERSTATTER BEITRÄGE ERHALTEN HAT**

Gemäß Anlage I Artikel 8 der Geschäftsordnung erklärt der Berichterstatter, dass er bei der Vorbereitung des Entwurfs eines Berichts Beiträge von folgenden Einrichtungen oder Personen erhalten hat:

| <b>Einrichtung und/oder Person</b>    |
|---------------------------------------|
| Parliament of the Republic of Moldova |
| Government of the Republic of Moldova |

Die vorstehende Liste wird unter der ausschließlichen Verantwortung des Berichterstatters erstellt.